
FORUM: Gewerkschaften

Emilio Gabaglio: Europäische Gewerkschaftspolitik - hoffnungslos rückständig?

Emilio Gabaglio, geb. 1937 in Como, Studium der Wirtschaftswissenschaften, war seit 1974 Funktionär des CISL (Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori). Seit 1991 ist er Generalsekretär des EGB.

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) ist eine junge Organisation. Gegründet im Jahre 1973 als Zusammenschluß der europäischen Gewerkschaftsbünde, die entweder dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) oder dem Weltverband der Arbeit (WVA) angeschlossen waren, bedeutete er von Anfang an den Versuch, die Interessen der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften im Prozeß der europäischen Integration zu bündeln und so wirkungsvoll wie möglich zu vertreten. Der EGB ist ein Produkt der europäischen Integration - er ist der Versuch einer Antwort auf die supranationale Zusammenarbeit von Wirtschaft und Politik in Europa.

Ein Vorwurf, der extern und intern immer wieder erhoben wird, lautet: Das, was die Gewerkschaften in Europa an Zusammenarbeit auf die Beine gestellt haben, kam immer zu spät und war immer zu wenig. Dieser Vorwurf verdient eine kritische Betrachtung.

Gewerkschaften haben in ihrer langen Geschichte stets Schwierigkeiten damit gehabt, erkennbare Entwicklungen vorwegzunehmen und in ihrer praktischen Politik zu antizipieren. Dennoch: Das zu einem Vorwurf an die Adresse der Gewerkschaften zu erheben, geht an der Natur unserer Organisationen vorbei.

Gewerkschaften sind definitionsgemäß Zusammenschlüsse, die vor allem unmittelbare Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten haben. Das ist der Kern des gewerkschaftlichen Auftrags. Diese Feststellung schließt allerdings einen anderen Aspekt nicht aus: Gewerkschaften müssen sich auch um die mittel- und langfristigen Interessen ihrer Mitglieder kümmern - sie können es, wenn sie ihrem Auftrag gerecht werden wollen, nicht bei einer schlichten Brot-und-Butter-Politik belassen. Daraus vor allem leitet sich der gewerkschaftliche Anspruch ab, in den gesellschaftspolitischen Gestaltungsfragen - und nicht nur bei denen, die unmittelbar mit der Arbeit verbunden sind, - das Recht auf Einfluß und Mitwirkung geltend zu machen. Auch hier gilt: Gesellschaftspolitische Konzepte der Gewerkschaften, wenn sie erfolgreich im Sinne ihres Auftrages sein wollen, müssen den Gewerkschaftsmitgliedern vermittelbar sein.

Vor diesem Hintergrund relativiert sich der beharrlich wiederholte Vorwurf, die europäische Gewerkschaftspolitik sei hoffnungslos rückständig. Eine authentische europäische Gewerkschaftspolitik kann sich nur in dem Maße ausprägen, in dem die objektiven, aber auch die subjektiven Interessen der Mitglieder erkennbar und für sie nachvollziehbar mit der europäischen Entwicklung verknüpft sind. Über die Köpfe der Menschen hinweg kann man keine Politik machen. Wir müssen verdeutlichen, daß gewerkschaftliche Interessenvertretung, die de facto - wenn auch nicht in der traditionellen gewerkschaftlichen Rhetorik über die internationale Solidarität - an nationalen Grenzen halt macht, zu fatalen Fehlentwicklungen führen muß.

Das Kapital überwindet Grenzen leicht. Die Märkte der entwickelten Industrieländer lassen sich nicht abschotten und die Zeiten krisenfreier Zonen sind längst vorbei. Der Begriff der Nationalökonomie ist überholt. Der Europäische Binnenmarkt hat der Tendenz der Internationalisierung neue Impulse gegeben. Wenn eine neue Dimension internationaler, vor allem europäischer wirtschaftlicher Tätigkeit entsteht, wenn Grenzen ihre Bedeutung für Geld, Waren, Dienstleistungen, aber auch für Menschen verlieren, dann müssen Gewerkschaften die zwischen ihnen bestehenden Grenzen zu überwinden suchen.

Perspektive: Europäische Sozialbeziehungen

Eines der zentralen, an Bedeutung gewinnenden, aber keineswegs unumstrittenen Themen der europäischen Gewerkschaftsarbeit ist das der „europäischen Tarifpolitik“. Mögliche Mißverständnisse ergeben sich bereits aus der deutschen Begrifflichkeit. Besser ist es deshalb, von „europäischer Kollektivvertragspolitik“ zu sprechen, denn für die Vereinbarung von europäischen „Tarifen“ fehlen derzeit fast alle Voraussetzungen.

Eine im Mai 1994 veröffentlichte Studie des WSI des DGB kommt zu bemerkenswerten Schlußfolgerungen, die einen Meinungswandel in der deutschen gewerkschaftlichen Diskussion zu diesem Thema andeuten und interessante neue Akzente setzen. Das WSI erkennt in seiner Studie an, daß das Sozialpro-

tokoll des Maastrichter Vertrages den Rahmen für Kollektivverhandlungen und für die Entfaltung europäischer Arbeitsbeziehungen schafft. Selbst dem wegen seiner anhaltenden Unverbindlichkeit oft gescholtenen europäischen „Sozialdialog“ räumen die WSI-Wissenschaftler einen gewissen Rang ein, nämlich den eines „ausbaufähigen Übungsplatzes“. Analyse und Bewertung der WSI-Forscher entsprechen weitgehend den Positionen, die das Sekretariat des EGB seit Jahren vertritt. Die wirtschaftliche, politische und soziale Architektur der Europäischen Union (EU) muß die Gewerkschaften dazu veranlassen, von der Notwendigkeit europäischer Sozialbeziehungen auszugehen. Die sich daraus ergebende Konsequenz — daß nämlich auf allen Ebenen der europäischen Gewerkschaftsorganisationen bessere Grundlagen für europäische Vertragspolitik geschaffen werden müssen - ist unausweichlich.

In erster Linie geht es dabei nicht einmal um den Ausbau des Europäischen Gewerkschaftsbundes, sondern um den der europäischen Gewerkschaftsausschüsse, denn langfristig kann Vertragspolitik auch in Europa nur in den Sektoren und Branchen verankert werden. Der EGB muß dabei eine Schrittmacherrolle einnehmen, mit branchenübergreifenden Vereinbarungen vorgehen und im übrigen die insbesondere auf der Ebene der europäischen Politik zentrale Funktion des Koordinators einnehmen.

Eine starke Schubkraft wird die gewerkschaftliche Dimension in Europa durch die Verabschiedung und Inkraftsetzung der Richtlinie zur Information und Konsultation in transnationalen Unternehmen erhalten. Der EGB hat sich sehr ernsthaft um eine Verhandlungslösung bemüht, nämlich um den Abschluß eines ersten verbindlichen Vertrages mit dem Dachverband der Arbeitgeberorganisationen in Europa, der UNICE. Wir haben dabei im Interesse eines Durchbruchs hin zu arbeitsfähigen sozialen Beziehungen in der Europäischen Union sehr weitgehende Kompromißbereitschaft in der Sache gezeigt. Uns wäre allerdings ein akzeptabler Rahmenvertrag lieber gewesen als ein europäisches Rahmengesetz, denn eins ist den Gewerkschaften in Europa klar: Soziale Fortschritte und Arbeitnehmerrechte lassen sich nicht nur auf der Gesetzesebene verwirklichen - sie brauchen auch eine vertragliche Dimension.

Daß es nicht zu Verhandlungen kam, liegt an der mangelnden Bereitschaft der UNICE, Verhandlungen mit dem Ziel eines tragbaren Ergebnisses zu führen. Die innere Bindekraft der europäischen Arbeitgeberorganisation reicht offensichtlich noch nicht aus, um zu soliden Verträgen zu kommen. Besonders bedauerlich ist dabei, daß ausgerechnet der Arbeitgeberverband des Landes, das das Sozialprotokoll des Vertrages von Maastricht nicht unterzeichnet hat, nämlich der britische CBI, die UNICE aus den Vorverhandlungen herausmanövrieren konnte.

Die im nun vorliegenden Entwurf für eine EU-Richtlinie vorgesehenen Rechte für die Vertreter der Arbeitnehmer in transnationalen Unternehmen in der Europäischen Union sind sicherlich nicht optimal. Aber der Realismus

gebietet es, den jetzt vorliegenden Entwurf zu akzeptieren und darauf zu setzen, daß diese Richtlinie unter der in einigen Tagen beginnenden deutschen Präsidentschaft in den nächsten Monaten verabschiedet wird.

Die Verwirklichung dieser Richtlinie wird zu einer merklichen Belebung der gewerkschaftlichen Dimension in Europa führen. Sie verlangt erhebliche Anstrengungen in der europäischen Bildungsarbeit, in der Betreuung der Mitglieder in den europäischen Unternehmensausschüssen, in der Aufbereitung und Bereitstellung von Informationen. Der derzeitige Instrumentenkasten der europäischen Gewerkschaftsorganisationen reicht nicht aus, um diesen neuen Aufgaben gerecht zu werden.

Den deutschen Gewerkschaften kommt vor allem aus zwei Gründen eine besondere Verantwortung zu:

- Sie sind trotz ihrer gegenwärtigen Probleme, deren wesentliche Ursachen in den mit der deutschen Einheit zusammenhängenden Anpassungsprozessen liegen, nach wie vor organisationsstark und durchsetzungsfähig. Darüber hinaus zeugt die jetzt geführte, beschäftigungsorientierte Tarifpolitik von einem hohen Maß an Innovationskraft.
- Die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik war schon vor der deutschen Einheit prägend für die wirtschaftliche Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft. Daraus ergeben sich auch weitreichende transnationale Wirkungen, die von den deutschen Tarifabschlüssen ausgehen.

Unredlich wäre es, nicht zur Kenntnis zu nehmen, wieviel Kräfte der Prozeß der deutschen Einheit bindet. Doch gerade deshalb darf nicht der Eindruck entstehen, das Ziel der europäischen Integration und insbesondere das der transnationalen gewerkschaftlichen Organisation sei für die deutschen Gewerkschaften keine vorrangige Aufgabe.

Weißbuch: Rückkehr zur Beschäftigungspolitik?

Das von der Europäischen Kommission unter der Federführung des Kommissionspräsidenten Jacques Delors vorgelegte Weißbuch zu Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung verdient eine vertiefende Diskussion. Dieses Dokument zeichnet sich in mehrfacher Hinsicht aus:

- Es erteilt jenen Denkrichtungen eine Absage, die eine Kannibalisierung der sozialen Systeme für die Voraussetzung für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung halten;
- es rückt ausdrücklich europäische industriepolitische Konzepte in den Blickpunkt;
- es wendet sich gegen die Vorstellung, der Mangel an Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industriegesellschaft sei auf ein generell zu hohes Lohnniveau zurückzuführen.

Die Analytiker der Kommission gelangen zu der Gewerkschaften längst geläufigen Feststellung, mehr Wachstum bedeute nicht automatisch mehr Beschäftigung.

Seit Mitte der siebziger Jahre hat sich der Sockel der Arbeitslosigkeit in allen Industrieländern erhöht und es ist offenkundig, daß mit den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten der vergangenen Jahrzehnte der manifesten Massenarbeitslosigkeit nicht beizukommen ist. Klar ist auch, daß internationale Wettbewerbsfähigkeit, Modernisierung, Umbau und neue Orientierungen verlangt. „Weitermachen wie bisher“ - das ist weder für die Politik noch für die Wirtschaft und auch nicht für die Gewerkschaften ein brauchbares Leitmotiv.

Unannehmbar für die Gewerkschaften wie für die Gesellschaft insgesamt ist jedoch die von einigen Wirtschaftspolitikern verbreitete Prognose, die Industriegesellschaft habe sich dauerhaft auf eine hohe Massenarbeitslosigkeit einzurichten. Diese fatalistische Propagierung der Zwei-Drittel-Gesellschaft steht in krassem Widerspruch zu dem wachsenden Reichtum unserer Gesellschaften und sie läßt völlig außer Acht, welche Bedrohungen von einer solchen Entwicklung für auf Toleranz, Vielfalt und Menschenrechte ausgerichtete demokratische Gesellschaftssysteme ausgehen.

Einige Ansätze im Weißbuch gehen in die richtige Richtung: das trifft vor allem auf die Forderung nach einer Qualifizierungsoffensive und damit zusammenhängender höherer Mobilität und Flexibilität zu. Bildung und Weiterbildung müssen sich auch an wirtschaftlichen Entwicklungen orientieren, aber sie dürfen nicht zum „Untertanen“ wirtschaftlicher Interessen werden.

Dem modischen Begriff von der „Verschlankung“ sind die Verfasser des Weißbuches nicht entgangen. Diese Formel beziehen sie sowohl auf die Arbeitswelt wie auch auf den ordnungspolitischen Rahmen, vor allem im Zusammenhang mit der Privatisierung großer Bereiche des öffentlichen Dienstes. Überall in Europa, unter liberal-konservativen wie unter sozialdemokratisch geführten Regierungen, erleben wir derzeit eine Welle an Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die solche Privatisierungen grundsätzlich für inakzeptabel halten, aber die europäischen Gewerkschaften wenden sich gegen eine ideologisch geprägte Privatisierung, die am Ende öffentliche Dienstleistungen zu Privilegien vorkommen läßt.

Der Tarifpolitik kommt - und dieser Aspekt ist im Weißbuch vernachlässigt - eine verstärkte Gestaltungsaufgabe zu, denn ohne sie ist eine akzeptable und sozialverträgliche Modernisierung der Industriegesellschaft erfolgreich nicht zu bewältigen. Die Gewerkschaften können dazu beitragen, vorhandene Arbeit und Ressourcen beschäftigungswirksam und beschäftigungssichernd zu verteilen. Sie können in diesem Rahmen auch zur Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten beitragen.

Die Tatsache, daß das Weißbuch die Beschäftigung in den Vordergrund stellt, ist - trotz aller Kritik an den darin vorgestellten Instrumenten - schon deshalb bemerkenswert, weil der Vertrag von Maastricht das Beschäftigungsziel außer Acht läßt. Dem Vertrag ist ein liberalistisches Stabilitätsmodell

unterlegt, das Stabilität lediglich am Geldwert und an der Staatsverschuldung mißt. Zu welchen Ergebnissen bei der Beschäftigung eine solche Orientierung führen kann, zeigt die Politik in allen Mitgliedsländern der Union. Um die Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages zu erfüllen, führen alle Regierungen eine negativ auf die Beschäftigung durchschlagende Politik. Eine systematische Politik der hohen Zinsen im Gefolge dieser Stabilitätspolitik zeitigt unvermeidlich Folgen für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung. Insofern ist das Weißbuch auch ein Versuch, auf einen erheblichen Mangel im Vertrag von Maastricht hinzuweisen - für uns ein weiterer Anlaß, einen gemeinsamen Standpunkt der europäischen Gewerkschaften für die für 1996 anstehenden Verhandlungen über eine Veränderung des Maastrichter Vertrages vorzubereiten.

Osteuropa: „Kontrollierte“ Erweiterung des EGB

Der Europäische Gewerkschaftsbund ist unter den Bedingungen des Status quo gegründet und entwickelt worden. Der Status quo ist Vergangenheit. Europa wird weiter zusammenwachsen in einem Prozeß, der kompliziert und keineswegs schmerzfrei sein wird. Es liegt für die Gewerkschaften auf der Hand, daß es die Interessen der Arbeitnehmer in ganz Europa gebieten, möglichst schnell, aber auch solide eine interessenbezogene Zusammenarbeit zu entwickeln - kein inhaltsleeres Kooperationsritual, sondern eine handfeste Zusammenarbeit.

Die wirtschaftliche Lage im Übergang in Mittel- und Osteuropa ist alles andere als rosig. Zwischen den anfänglichen Erwartungen und Hoffnungen und der neuen Realität liegt eine erhebliche Distanz. Enttäuschung und Entmutigung breiten sich aus.

Die Gewerkschaften stehen vor mehrfachen Herausforderungen: Sie müssen sich am Aufbau demokratischer und sozialer Gesellschaftsordnungen beteiligen und dabei ihren Anspruch auf Beteiligung den Regierungen gegenüber durchsetzen. Sie müssen ihre ganze Kraft dafür einsetzen, daß die Kosten für den wirtschaftlichen Anpassungsprozeß nicht einseitig den arbeitenden Menschen auf die Rechnung gesetzt werden. Gleichzeitig stehen sie mitten in einem tiefgreifenden internen Veränderungsprozeß, ohne dessen erfolgreiche Bewältigung sie nicht erfolgreich sein werden.

Der Europäische Gewerkschaftsbund ist die gewerkschaftliche Antwort auf die europäische Integration. Aus diesem Zusammenhang ergibt sich sein Auftrag. Der EGB darf weder zu einer europäischen Ersatzinternationalen noch zu einem losen pan-europäischen Verbund werden. Er muß sich auch in Zukunft im Rahmen der europäischen Integration bewegen. Außer Frage steht, daß wir die neuen Realitäten in Europa zur Grundlage unserer zukünftigen Politik machen müssen. Dazu gehört auch die Erweiterung des Bundes um Organisationen aus solchen Ländern Ost- und Mitteleuropas, die von der Europäischen Union als zukünftige Mitgliedstaaten angesehen werden. Für die Gewerk-

Schäften dieser Länder ist es außerordentlich wichtig, möglichst schnell und möglichst intensiv an der Zusammenarbeit der Bünde und Gewerkschaftsausschüsse im EGB beteiligt zu werden. Und selbstverständlich ist es auch, daß die spezifischen Interessen dieser Organisationen in Politik und Arbeitsweise des EGB berücksichtigt werden müssen. Der nächste Kongreß des EGB, der im Mai 1995 in Brüssel stattfindet, wird die für eine Erweiterung des EGB erforderlichen Satzungsänderungen beschließen.